



Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH | 3 |
| 20.12.2025 Stuttgarter Nachrichten Stadtausgabe: Klage gegen weitere Atommüll-Einlagerung gescheitert | 4 |
| 19.12.2025 bkz.de (Backnanger Kreiszeitung): Philippsburg zufrieden – trotz Niederlage | 5 |
| 21.12.2025 landeszeitung.de (Lüneburg): Atomendlager-Suche: Lüneburg wartet weiter auf geologische Bewertung | 6 |
| 22.12.2025 ZEIT online: Umweltminister: Schneider will Tempo bei Atommüll-Endlagersuche | 8 |
| 19.12.2025 Neues Deutschland: Atommüll Neuzulassung von Atommüll-Deponien: Beteiligung oder Simulation? | 9 |
| 19.12.2025 az-online.de: Suche nach Atommüll-Endlager: Diese Orte in Niedersachsen kommen infrage | 10 |

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Klage gegen weitere Atommüll-Einlagerung gescheitert

Durften vier zusätzliche Castor-Behälter in das Zwischenlager Philippsburg gebracht werden? Ein Gericht sagt Ja.

Stuttgart Trotz einer klaren juristischen Niederlage ist Philippsburg nicht unzufrieden mit einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zum atomaren Zwischenlager in der Stadt. „Für mich und die Bürger von Philippsburg ist die Feststellung wichtig, dass man ein atomares Zwischenlager unter den aktuellen Bedingungen sicher betreiben kann“, sagt Bürgermeister Stefan Martus. Das sei die zentrale Aussage des Mannheimer Gerichtsurteils.

Die Stadt und drei private Grundstückseigentümer hatten gegen die Einlagerung neuer Castorbehälter auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Philippsburg geklagt. Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH) wies diese Klage am Donnerstag ab. „Alle unsere Bedenken etwa zum Absturz einer bewaffneten Militärmaschine oder zu Terrorangriffen wurden

vom Gericht umfassend geprüft und wir vertrauen jetzt auf die Argumentation, dass es hinreichende Sicherheit gibt“, erklärt Bürgermeister Martus.

Seit dem Jahr 2007 werden im Zwischenlager Philippsburg radioaktive Abfälle aufbewahrt. Ende vorigen Jahres kamen zu den 148 bereits eingelagerten Behältern noch vier weitere hinzu. Die darin enthaltenen Kernbrennstoffe waren zuvor im französischen La Hague aufbereitet worden. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte die Einlagerung genehmigt.

Mit dem Urteil des VGH sei klar gestellt, „dass das BASE während des Genehmigungsverfahrens alle nötigen Voraussetzungen für eine sichere Zwischenlagerung geprüft hat“, er-

klärt BASE-Präsident Christian Kühn. Die erteilten Aufbewahrungsgenehmigungen hätten damit Bestand.

Die Zwischenlagerung von Atommüll ist in Deutschland jeweils auf vierzig Jahre begrenzt. Für Philippsburg laufen die Genehmigungen also ab dem Jahr 2047 aus. Weil es bislang kein Endlager für hochradioaktiven Atommüll in der Bundesrepublik gibt, gilt es als sehr wahrscheinlich, dass das Zwischenlager in der Stadt am Rhein noch viele weitere Jahre in Betrieb bleiben wird.

Eine Revision gegen das Urteil ließen die Richter nicht zu. Allerdings gibt es für die Kläger noch die Möglichkeit, gegen diese Nichtzulassung Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzu legen.

Wörter: 296
Autor/-in: Rainer Pörtner
Seite: 6
Ressort: BAWU
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 16.787 (gedruckt)
21.298 (verkauft)
22.156 (verbreitet)
Reichweite²: 0,10164 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Zwischenlager für Atommüll

Philippsburg zufrieden – trotz Niederlage

Durften vier zusätzliche Castor-Behälter in das Zwischenlager Philippsburg gebracht werden? Der Verwaltungsgerichtshof sagt Ja.

Trotz einer klaren juristischen Niederlage ist Philippsburg nicht unzufrieden mit einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zum atomaren Zwischenlager in der Stadt. „Für mich und die Bürger von Philippsburg ist die Feststellung wichtig, dass man ein atomares Zwischenlager unter den aktuellen Bedingungen sicher betreiben kann“, sagt Bürgermeister Stefan Martus. Das sei die zentrale Aussage des Mannheimer Gerichtsurteils.

Die Stadt und drei private Grundstückseigentümer hatten gegen die Einlagerung neuer Castorbehälter auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Philippsburg geklagt. Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof (VGH) wies diese Klage am Donnerstag ab. „Alle unsere Bedenken etwa zum Absturz einer bewaffneten Militärmaschine oder zu Terrorangriffen wurden vom Gericht umfassend geprüft und wir vertrauen jetzt auf die Argumentation, dass es hinreichende Sicherheit gibt“, erklärt Bürgermeister Martus.

152 Behälter mit atomarem Müll

Seit dem Jahr 2007 werden im Zwischenlager Philippsburg radioaktive Abfälle aufbewahrt. Ende vorigen Jahres kamen zu den 148 bereits eingelagerten Behältern noch vier weitere hinzu. Die darin enthaltenen Kernbrennstoffe waren zuvor im französischen La Hague aufbereitet worden. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) hatte die Einlagerung genehmigt.

Mit dem Urteil des VGH sei klar gestellt, „dass das Base während des Genehmigungsverfahrens alle nötigen Voraussetzungen für eine sichere Zwischenlagerung geprüft hat“, erklärt Base-Präsident Christian Kühn. Die erteilten Aufbewahrungsgenehmigungen hätten damit Bestand.

Die Zwischenlagerung von Atommüll ist in Deutschland jeweils auf vierzig Jahre begrenzt. Für Philippsburg laufen die Genehmigungen also ab dem Jahr 2047 aus. Weil es bislang kein Endlager für hochradioaktiven Atommüll in der Bundesrepublik gibt, gilt es als sehr wahrscheinlich, dass das Zwischenlager in der Stadt am Rhein noch viele weitere Jahre in Betrieb bleiben wird.

Eine Revision gegen das Urteil ließen die Richter nicht zu. Allerdings gibt es für die Kläger noch die Möglichkeit, gegen diese Nichtzulassung Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht einzu legen.

Hat die Stadt ein eigenes Klagerecht?

Der Verwaltungsgerichtshof hatte am Donnerstag lediglich seine Kernentscheidung mitgeteilt, dass es die Klagen abweise. Bis das schriftliche Urteil mit einer genauen Begründung vorliegt, können noch mehrere Monate vergehen. Deshalb gibt es für die Stadt Philippsburg noch Unklarheit in einem für sie bedeutsamen Nebenaspekt des Verfahrens.

„Noch wissen wir nicht sicher, ob das Gericht uns als Stadt ein eigenes Klagerecht zugestanden hat. Da müssen wir die schriftliche Begründung abwarten. Erst dann können wir auch entscheiden, ob es noch Rechtsmittel gibt, die wir einlegen wollen“, sagt Bürgermeister Martus. „Die Frage, ob es ein städtisches Klagerecht gibt, ist für uns wichtig auch für andere große Genehmigungsverfahren, zum Beispiel zum Hochwasserschutz.“

| | | | |
|----------------|-------------------|-----------------------------|---------------|
| Wörter: | 426 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Rubrik: | Baden-Württemberg | Visits (VpD) ¹ : | 13.725 |
| Medienkanal: | ONLINE | Unique Users | 34.000 |
| Mediengattung: | Online News | (UUpD) ² : | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.bkz.de/nachrichten/philippsburg-zufrieden-trotz-niederlage-321705.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2025

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Abbildung: Im November 2024 wurden vier Castor-Behälter mit Atommüll per Zug nach Philippsburg gebracht.
Fotograf/-in: © René Priebe/dpa

Wo Deutschlands Atommüll lagern soll

Atomendlager-Suche: Lüneburg wartet weiter auf geologische Bewertung

Lüneburg

Wo Deutschlands Atommüll eines Tages lagern soll, ist weiter offen. Der Landkreis Lüneburg begleitet den Prozess genau – ohne bislang selbst bewertet zu sein. Im Sommer 2026 könnten sich erste Hinweise zeigen – in Türkis.

In Sachen Atomendlager ist der Landkreis Lüneburg einerseits ganz weit vorne, andererseits hinkt er hinterher. Vorne ist er durch die Einrichtung eines Begleitausschusses beim Kreistag, der am Donnerstag wieder tagte. Nicht mal zehn Landkreise in Niedersachsen haben nach dem Gorleben-Aus den Neustart der Suche entsprechend stetig begleitet. Hintendran hängt die Region, weil die Experten die Geologie bis dato noch nicht mal vorläufig eingeschätzt haben. Ein Schicksal, dass die Region mit ganz Norddeutschland teilt.

Am 24. Juni 2026 sollen auch die Norddeutschen wissen, welche Regionen als völlig ungeeignet für ein Atomendlager gelten und welche noch in der Lostrommel sind. Fliegt etwa der Salzstock Meckelfeld raus, der nach den Standards der Geologen mit einer Ausdehnung von sieben Quadratkilometern eigentlich viel zu klein ist. Denn als Mindestgröße gelten 16 km².

Türkis statt grau?

Farben werden im kommenden Sommer erste Fingerzeige geben. Auf der aktuellen Endlager-Suchkarte soll das dunkle Grau verschwinden, mit dem bisher Regionen gekennzeichnet wurden, die bisher noch nicht mal grob analysiert wurden. Weiß und Rot gelten als ungeeignet, Aus dem Rennen sollten auch mit Gelb gekennzeichnete Areale sein, auch wenn das letzte Wort der Bundestag in ferner Zukunft haben wird. Türkis dürfte im Sommer in den

Kommunen der Region die unbeliebteste Farbe sein. Mit der werden Wirtsgesteine gekennzeichnet, die als geeignet gelten und damit noch auf dem Karussell verbleiben.

16 Monate nach der letzten Sitzung des Begleitausschusses informierte Christian Schwöbel vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) die Kreistagsmitglieder über den weiteren Ablauf. Die Aufgabe: 16 Zwischenlager mit insgesamt 1750 Castor-Behältern aufzulösen. Allein auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Krümmel stehen 65 Castoren.

Unter zehn Regionen zu Silvester 2027

Zu Silvester 2027 sollen die jetzt rund 40 Prozent als möglicherweise endlagerfähig eingestuften Regionen der Republik drastisch eingedampft werden. „Das Ziel ist, dann weniger als zehn mögliche Standortregionen benennen zu können.“

Brigitte Mertz (SPD) fragte: „Gibt es denn noch keine Vorentscheidung, welches Wirtsgestein bevorzugt wird?“

Salz, Ton oder Granit

Schwöbel: „Nein. Man geht derzeit davon aus, dass alle drei Wirtsgesteine – also Salz, Ton und Granit – unter den letzten Standortregionen vertreten sein werden.“

Umgehend sollen dann vor Ort sogenannte Regionalkonferenzen eingerichtet werden. Dabei sollen unter den Anwohnern je zehn aus drei Gruppen ausgewählt werden: Kommunalpolitik, Verbände, Normalbürger.

Hauptaufgabe: Hinterfragen

„Was ist deren Aufgabe: die Bürger zu beruhigen?“, lautete eine der Fragen, die im Kreishaus gestellt wurden.

Schwöbel: „Nein, sie haben das Recht, die Vorauswahl und die Kriterien der Bundesgesellschaft für Endlagerung zu hinterfragen.“

Verweigern ist nicht zielführend

„Kann sich eine Region einfach verweigern?“

Schwöbel: „Ja, das hat beispielsweise eine der in der Schweiz ausgewählten Regionen gemacht. Das ist aber nicht empfehlenswert. Zwei Jahre später klinkten sie sich wieder ein, hinkten dann aber mit ihrer Arbeit entsprechend hinterher.“

Jüngere müssen übernehmen

BUND-Atom-Experte Dr. Bernd Redecker: „Tatsächlich ist die Möglichkeit, einen Nachprüfungsauftrag auszulösen, das entscheidende Werkzeug in der Hand der Regionalkonferenz.“

Bernhard Stilke vom BUND drängte darauf, dass seit dem Atomausstieg wei-

testgehend vom Radar verschwundene Thema Atomkraft und Entsorgung wieder auf die Lehrpläne der Schulen zu bringen. „Wir, die wir das Thema seit Jahrzehnten beackern, werden die letzten Etappen bis zur Einrichtung eines

Endlagers nicht mehr begleiten. Das müssen Jüngere übernehmen.“

Tatsächlich wird aktuell mit einer Standortentscheidung etwa um 2056 und mit

der Einrichtung eines Endlagers in den 2070er-Jahren gerechnet.

LZ/WA

| | | | |
|----------------|--------------------|-----------------------------|---------------|
| Wörter: | 556 | Ausgabe: | Einzelausgabe |
| Autor/-in: | Joachim Zießler | Visits (VpD) ¹ : | 3.357.860 |
| Rubrik: | Landkreis Lüneburg | | |
| Medienkanal: | ONLINE | | |
| Mediengattung: | Online News | | |
| Medientyp: | ONLINEMEDIEN | | |

Weblink: <https://www.landeszeitung.de/lokales/lueneburg-lk/atomendlager-in-lueneburg-warum-die-farbe-tuerkis-nervositaet-ausloesen-wuerde-JXZGABDQENBJLCDQVBBI6MSSWY.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

Umweltminister: Schneider will Tempo bei Atommüll-Endlagersuche

22. Dezember 2025 04:15 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Als Umweltminister ist Carsten Schneider auch für den deutschen **Atommüll** zuständig - und will die Suche nach einer dauerhaften Lagerstätte nun schneller machen.

Bundesumweltminister Carsten Schneider will die Suche nach einem **Endlager** für den deutschen **Atommüll** deutlich beschleunigen. «Wir sind jetzt im Jahr 2025, und ich hätte schon ganz gern, dass wir 2050 wieder anpeilen», sagte der SPD-Politiker der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Es solle «so schnell wie möglich» gehen.

Im August vergangenen Jahres war das Freiburger Öko-Institut in einem Gutachten zu dem Ergebnis gekommen, dass die Suche unter idealen Bedingungen bis zum Jahr 2074 dauern könnte. Auftraggeber war das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE).

Das Bundesumweltministerium unter der damaligen Führung der Grünen-Politikerin Steffi Lemke hatte in Reaktion auf die Studie erklärt, man gehe davon aus, dass ein **Endlager** bis 2050 gefunden werden könne. Einst war sogar das Jahr 2031 angepeilt worden.

«Das ist nicht vertretbar, dass die übernächste Generation quasi erst dann mit der Einlagerung beginnt», sagte Schneider. Er selbst werde dann sehr wahrscheinlich gar nicht mehr leben. «Diese Beschleunigungsoption werde ich ziehen. Ich hoffe, dass mir das Parlament dann auch folgt.» Die Suche koste auch «wahnsinnig viel Geld», es gehe um Milliarden. Die aktuelle Suche läuft seit 2017.

Deutschland hat seine letzten **Atomreaktoren** zwar im April 2023 abgeschaltet. Doch noch muss ein Lager für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven **Atommüll** gefunden werden, der in mehr als 60 Jahren **Atomkraft** angefallen ist. Der Standort soll Sicherheit für eine Million Jahre bieten.

Derzeit lagert der Müll in sechzehn oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern. Diese Lager seien nicht als **Endlager** gedacht, trotzdem müssten die Menschen dort derzeit damit leben, erklärte Schneider. «Das möchte ich einfach verkürzen und zu einem ganz sicheren wirklichen **Endlager** da noch kommen.»

Eine Möglichkeit zur Beschleunigung sei, auf Probebergwerke zu verzichten, sagte Schneider. Das hat auch die Vorsitzende der Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE), Iris Graffunder, ins Spiel gebracht. Man würde dann von der Oberfläche aus den Untergrund prüfen, was mit heutigen Methoden gut möglich sei.

Die BGE grenzt die für ein Endlager in Frage kommende Fläche immer weiter ein und sah im November noch 25 Prozent des Landes im Rennen. Mitte kommenden Jahres will sie einen weiteren Zwischenstand präsentieren, Ende 2027 Standortregionen für die oberirdische Erkundung vorschlagen.

Diesen Vorschlag prüft dann das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das Wissenschaft und Öffentlichkeit beteiligt. Die Entscheidung über die in Frage kommenden Regionen trifft schließlich der Bundestag. Als Zieldatum für die Entscheidung über ein Endlager ist derzeit 2050 angepeilt.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

nd Neues Deutschland

Atommüll | Neuzulassung von Atommüll-Deponien: Beteiligung oder Simulation?

19. Dezember 2025 11:39 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Statt wie in der Vergangenheit einen Atommüll-Standort von oben durchzudrücken, wollen die zuständigen Behörden künftig die Bürger einbeziehen. Ein erster Testlauf dafür soll die Verlängerung der Zulassung der Zwischenlagerung von hoch radioaktiven Abfällen in Gorleben sein. Umweltschützer kritisieren die Initiative indes als »Beteiligungssimulation«.

Laut Standortauswahlgesetz soll der Standort für ein Atommüll-Endlager zwar bis 2031 feststehen, doch tatsächlich wird sich die Suche noch Jahrzehnte hinziehen. Das hat Konsequenzen für die Zwischenlagerung des Materials. Es muss viel länger als geplant in den bundesweit 16 oberirdischen Hallen verwahrt werden. Diese befinden sich an den Standorten der abgeschalteten Atomkraftwerke sowie in Gorleben (Niedersachsen), Ahaus (Nordrhein-Westfalen) und in Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern). Lubmin war auch ein AKW-Standort. Die dortige Anlage mit vier Reaktorblöcken wurde aber nicht im Zuge des Atomausstiegs, sondern schon mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik 1990 abgeschaltet.

Die Zwischenlager wurden allerdings nur für einen Zeitraum von bis zu 40 Jahren genehmigt. Zuerst läuft 2034 die Betriebserlaubnis für das in Gorleben aus. Dort stehen 113 Castorbehälter mit hoch radioaktiven Abfällen.

Der Betreiber, die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), hat jetzt das Genehmigungsverfahren für eine verlängerte Zwischenlagerung in Gorleben eingeläutet und will dabei auch die Öffentlichkeit beteiligen. Bürger, die ihren Wohnsitz im Landkreis Lüchow-Dannenberg haben, könnten

sich ab sofort für die Teilnahme in einer sogenannten Dialoggruppe bewerben, teilte die **BGZ** mit. Sie erhielten eine fachliche Einordnung und könnten dann den weiteren Dialogprozess aktiv mitgestalten.

Die Gruppe werde sich viermal bis Ende 2026 treffen. Sie soll aus 25 Personen bestehen, darunter Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie von Vereinen und Gruppierungen in der Region. Weitere acht Personen sollen ausgelost werden. In dem Gremium kämen »idealerweise unterschiedliche Perspektiven zusammen«, heißt es seitens der **BGZ**. Ein erstes Treffen ist für den 19. Februar angekündigt.

Neben den Treffen der Dialoggruppe plant die **BGZ** öffentliche Veranstaltungen für alle Interessierten aus der Region, bei denen Informationen zur verlängerten Zwischenlagerung im Fokus stehen sollen.

Diese Einladung zum Dialog hat die örtliche Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg auf den Plan gerufen. Bevor sich die Dialoggruppe viermal bis Ende 2026 getroffen habe, werde die **BGZ** den Genehmigungsantrag für die verlängerte Zwischenlagerung längst gestellt haben, ist sich die BI sicher.

»Gegen einen regionalen Dialog zu den Problemen der Zwischenlagerung für die nächsten 100 Jahre spricht natürlich nichts«, sagt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Allerdings halte die **BGZ** neben dem fragwürdigen Timing auch an der Überschrift »Beteiligung« fest. Das aber sei irreführend. In Wahrheit gebe es keinerlei Mitwirkungs- und Mitspracherechte für die interessierte Öffentlichkeit. »Ein neues Zwischenlagerkonzept muss mit tatsächlichen Mitentscheidungsbefugnissen der Zivilgesellschaft erarbeitet werden«, fordert Ehmke. Der springende Punkt dabei sei die finanzielle Ausstattung für Gutachten und für juristischen Beistand einer solchen Begleitgruppe.

Die BI will deshalb keine »Bewerbung« an die **BGZ** auf den Weg bringen. »Sollten unsere fachlichen Anregungen und Fragen von Interesse für die Dialoggruppe oder die geplanten Veranstaltungen sein, werden wir uns einer Einladung aber nicht verschließen«, so Ehmke.

In dem neuen Genehmigungsverfahren in Gorleben dürfte es vor allem um Sicherheitsaspekte gehen. Das Zwischenlager wurde nach einem älteren Konzept gebaut, von möglichen Drohnenangriffen und -abstürzen etwa war damals noch keine Rede. Die Außenwände der Lagerhalle sind denn auch nur etwa 50 Zentimeter dick, ihre Betondecke hat eine Stärke von lediglich 20 Zentimetern. Neuere Zwischenlager wie das in Lubmin weisen dagegen Wand- und Deckenstärken von über einem Meter auf.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 az-online.de

Suche nach Atommüll-Endlager: Diese Orte in Niedersachsen kommen infrage

19. Dezember 2025 14:43 | Medienart: Online | Visits/Monat: 1.100.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

19.12.2025, 14:43 Uhr

Von: Ulrike Hagen

Drucken Teilen

In Niedersachsen kommen mehrere Regionen als mögliche **Atommüll-Endlager** infrage. Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** hat nun neue Ergebnisse vorgelegt.

Hannover/Peine – Wohin mit dem radioaktiven Abfall, der vor allem durch die Nutzung von **Atomkraftwerken** entsteht? Die Standortsuche für ein **Endlager** für hochradioaktiven **Atommüll** wird konkreter: Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) hat neue Ergebnisse ihrer Sicherheitsuntersuchungen vorgelegt. Mehrere Regionen in Niedersachsen gelten als potenzielle Standorte.

Anfang November hat die **BGE** mit Sitz in Peine den neuen Stand der **Endlagersuche** und die Einschätzungen der Experten und Expertinnen zu 29 der insgesamt 90 Teilgebiete veröffentlicht. Große Bereiche Norddeutschlands müssen demnach noch auf ihre Eignung untersucht werden, für Niedersachsen zeichnet sich jedoch bereits ein differenzierteres Bild ab, das online einsehbar ist. Nach Eingabe des Wohnortes zeigt sich auf der interaktiven Deutschland-Karte, ob das Gebiet, in dem man wohnt, potenziell als **Endlager** für **Atommüll** herhalten könnte.

Es betrifft in Niedersachsen mehrere Regionen, die danach weiterhin auf der Liste möglicher **Endlager**-Standorte stehen – insbesondere der Großraum Braunschweig und Hannover sowie Gebiete in und um Osnabrück. Diese Gebiete haben die bisherigen Prüfschritte erfolgreich durchlaufen und werden in den kommenden Phasen des Auswahlverfahrens detaillierter untersucht.

Gleichzeitig hat die **BGE** Teile verschiedener Landkreise als ungeeignet klassifiziert. Das gilt etwa für Regionen in den Landkreisen Cloppenburg, Emsland, Vechta und Diepholz, die aufgrund ungünstiger geologischer Bedingungen nicht mehr für die **Endlagerung** hochradioaktiver Abfälle in Betracht gezogen werden. Auch maritime Gebiete an der Nordseeküste vor den ostfriesischen Inseln Borkum und Wangerooge sind inzwischen ausgeschieden.

Während im Vorjahr noch 44 Prozent der deutschen Landesfläche als grundsätzlich geeignet galten, sind es nach den neuesten Bewertungen nur noch 25 Prozent. Niedersachsens Umwelt- und Energieminister, Christian Meyer, erklärte, man müsse bei der **Endlagersuche** dennoch schneller vorankommen, um endlich mehr Klarheit für die betroffenen Regionen zu schaffen: „Gerade wegen der zahlreichen Zwischenlager in Niedersachsen tragen wir hier eine besondere Verantwortung – und brauchen mehr Tempo im Verfahren“.